



Datum, 07.12.2018 - Drucksachen Nr.:

Vorlage

XII/332/2018

Beratungsfolge	Termin	Entscheidungen
Stadtverordnetenversammlung	13.12.2018	
Stadtverordnetenversammlung	21.02.2019	

Neufassung der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Neu-Anspach

Sachdarstellung:

Die bestehende Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Neu-Anspach ist bereits über 10 Jahre alt.

Verschiedene Änderungen sind in dieser Zeit eingetreten bzw. wurden notwendig, welche durch die Verwaltung bewertet und auch für eine kommende Änderung gesammelt wurden. Jetzt war es an der Zeit, dass die Geschäftsordnung an die aktuellen Dinge und Gegebenheiten (z.B. Einladung über elektronisches Ratsinfosystem) angepasst wird. Auch gab es seitens der Fraktionen immer wieder Änderungswünsche, welche auch jetzt berücksichtigt wurden.

In den größten Teilen basiert der Entwurf auf der Muster-Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung des Hessischen Städte- und Gemeindebunds (HSGB). Weiter wurde ein Abgleich mit den Geschäftsordnungen anderer Kommunen im Hochtaunuskreis vorgenommen.

Der Entwurf wurde sorgfältig über einen längeren Zeitraum erarbeitet, einige Anregungen von Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung aus der jüngeren Vergangenheit eingearbeitet und auch redaktionelle Änderungen umgesetzt.

Im Ältestenausschuss (zukünftig Ältestenrat) wurde der Entwurf interfraktionell beraten, es gab konstruktive Diskussionen und kleinere Änderungen gegenüber dem ursprünglichen Entwurf wurden empfohlen.

Diese Änderungen wurden ebenfalls im nachstehenden Entwurf erfasst.

Holger Bellino
Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt aufgrund der §§ 60 Abs. 1, 62 Abs. 5 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBL. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.06.2018 (GVBL. S. 291) folgende Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Neu-Anspach:

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Pflicht zur Teilnahme an den Sitzungen

- (1) Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, nachfolgend Mitglieder genannt, sind verpflichtet, an deren Sitzungen teilzunehmen.
- (2) Bei Verhinderung zeigen sie ihr Ausbleiben vor Beginn der Sitzung dem bzw. der Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, nachfolgend Leitung genannt, an und legen dieser die Gründe dar. Fehlt ein Mitglied mehr als einmal unentschuldigt, kann die Leitung es schriftlich ermahnen.
- (3) Ein Mitglied, welches die Sitzung vorzeitig verlassen will, zeigt dies der Leitung vor Beginn, spätestens vor dem Verlassen der Sitzung, an und legt ihr die Gründe dar.

§ 2 Anzeigepflicht

- (1) Die Mitglieder erfüllen die Anzeigepflicht nach § 26a HGO auf jährliche Anforderung. Sie leiten die Anzeige erstmals binnen zwei Monaten nach der ersten Sitzung der neugewählten Stadtverordnetenversammlung – in den folgenden Jahren bis Ablauf des Monats Februar – der Leitung zu. Die Leitung leitet eine Zusammenstellung der Anzeigen zur Unterrichtung an den Haupt- und Finanzausschuss. Die Zusammenstellung wird danach zu den Akten der Stadtverordnetenversammlung genommen.
- (2) Die Mitglieder haben die Übernahme gemeindlicher Aufträge und entgeltlicher Tätigkeiten für die Stadt der Leitung anzuzeigen. § 77 Abs. 2 HGO bleibt unberührt.

§ 3 Treuepflicht

- (1) Mitglieder ist es verboten, Ansprüche Dritter gegen die Stadt geltend zu machen (Vertretungsverbot), wenn der Auftrag mit ihren Pflichten als Mitglieder im Zusammenhang steht (besondere Treuepflicht).
- (2) Die Vorschrift des § 3 Abs. 1 findet keine Anwendung, wenn die Mitglieder unaufgefordert, unverzüglich und schriftlich darlegen, dass sie bei Einhaltung von § 3 Abs. 1 gegen übergeordnete gesetzliche Vorgaben und/oder Pflichten verstoßen würden.
- (3) Ob die Voraussetzungen des Vertretungsverbotes vorliegen, entscheidet die Stadtverordnetenversammlung durch Beschluss. Diese Prüfung kann von der Stadtverordnetenversammlung an einen Fachausschuss delegiert werden. Bei Beschlussfassung ist zu beachten, dass im Zweifel die freie Mandatsausübung Vorrang hat.

§ 4 Verschwiegenheitspflicht

Die Mitglieder unterliegen der Verschwiegenheitspflicht des § 24 HGO. Sie haben über die ihnen bei ihrer Tätigkeit bekanntgewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren, es sei denn, es handelt sich um offenkundige oder in öffentlichen Sitzungen behandelte.

§ 5 Bilden von Fraktionen, Mitteilungspflichten

- (1) Parteien oder Wählergruppen, die durch Wahlen in der Stadtverordnetenversammlung vertreten sind, erhalten Fraktionsstatus. Im Übrigen können sich die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung zu einer Fraktion zusammenschließen.
- (2) Eine Fraktion kann fraktionslose Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung als Hospitantinnen oder Hospitanten aufnehmen. Diese zählen bei der Feststellung der Fraktionsstärke nicht mit.
- (3) Das vorsitzende Mitglied einer Fraktion hat deren Bildung, ihre Bezeichnung, die Namen der Fraktionsmitglieder, der Hospitantinnen und Hospitanten sowie seiner Stellvertretung der Leitung der Stadtverordnetenversammlung und dem Magistrat unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Das Gleiche gilt im Falle der Auflösung einer Fraktion, der Änderung ihres Namens, der Aufnahme und des

Ausscheidens von Mitgliedern, Hospitantinnen und Hospitanten sowie bei einem Wechsel im Vorsitz der Fraktion und ihrer Stellvertretung.

§ 6 Rechte und Pflichten

- (1) Die Fraktionen wirken bei der Willensbildung und Entscheidungsfindung in der Stadtverordnetenversammlung mit; sie können insoweit ihre Auffassung öffentlich darstellen.
- (2) Eine Fraktion kann Mitglieder des Magistrats und sonstige Personen beratend zu ihren Sitzungen hinzuziehen. Sie unterliegen den Pflichten des § 24 HGO.

§ 7 Ältestenrat

- (1) Der Ältestenrat besteht aus dem/der Stadtverordnetenvorsteher/in der Stadtverordnetenversammlung, seinen bzw. ihren Stellvertreterinnen und Stellvertretern sowie den vorsitzenden Mitgliedern der Fraktionen. Die Anzahl der Stellvertreterinnen und Stellvertreter des/der Stadtverordnetenvorstehers/in wird in der Hauptsatzung geregelt. Der/die Bürgermeister/in kann an den Beratungen des Ältestenrats teilnehmen und sich hierbei von einem Mitglied des Magistrates sowie einem/einer Stadtbediensteten beraten lassen. Der/die Bürgermeister/in hat an der Sitzung des Ältestenrats teilzunehmen, wenn es der/die Stadtverordnetenvorsteher/in der Stadtverordnetenversammlung oder ein Viertel des Ältestenrats verlangt. Die Niederschrift fertigt der/die Schriftführer/in der Stadtverordnetenversammlung.
- (2) Der Ältestenrat tagt in nichtöffentlicher Sitzung.
- (3) Der Ältestenrat unterstützt die Leitung bei der Führung der Geschäfte. Die Leitung soll eine Verständigung zwischen den Fraktionen über innere Angelegenheiten der Stadtverordnetenversammlung von grundsätzlicher Bedeutung herbeiführen, namentlich über deren Arbeitsweise, den Arbeits- und Terminplan, die Sitzordnung, die Besetzung der Stellen von Ausschussvorsitzenden und ihrer Stellvertretung.
- (4) Der Ältestenrat kann beraten und Empfehlungen abgeben, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend ist. Er fasst keine bindenden Beschlüsse.
- (5) Die Leitung beruft den Ältestenrat nach Bedarf ein und leitet die Verhandlungen. Sie muss den Ältestenrat einberufen, wenn dies eine Fraktion oder der/die Bürgermeister/in namens des Magistrates verlangt. Beruft sie ihn während einer Sitzung der Stadtverordnetenversammlung ein, so ist diese damit unterbrochen.
- (6) Will eine Fraktion von Empfehlungen im Ältestenrat abweichen, so unterrichtet sie rechtzeitig vorher die Leitung und die Vorsitzenden der übrigen Fraktionen.

II. Geschäftsführung der Stadtverordnetenversammlung

§ 8 Einberufen der Sitzungen

- (1) Die Leitung beruft die Mitglieder zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung so oft es die Geschäfte erfordern, jedoch mindestens sechsmal im Jahr. Eine Sitzung muss unverzüglich einberufen werden, wenn es ein Viertel der Mitglieder, der Magistrat oder der/die Bürgermeister/in unter Angabe der zur Verhandlung zu stellenden Gegenstände verlangt und die Verhandlungsgegenstände zur Zuständigkeit der Stadt und hier der Stadtverordnetenversammlung gehören; die Mitglieder haben eigenhändig zu unterzeichnen.
- (2) Die Leitung beruft die Mitglieder zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung. Sie setzt in eigener Zuständigkeit Verhandlungsgegenstände (Tagesordnung) und Zeitpunkt der Sitzungen fest, nachdem es sich hierüber mit dem Magistrat in das Benehmen gesetzt hat, und bestimmt die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte.

- (3) Einberufen wird mit schriftlicher Ladung auf elektronischem Wege per Ratsinfosystem (<https://rim.ekom21.de/neu-anspach>) und in iRICH an alle Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrates. Darin sind Zeit, Ort und Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung anzugeben. Bei Systemausfall vom Ratsinfosystem und iRICH werden die Sitzungsunterlagen per E-Mail zugestellt. Im Falle eines kompletten Ausfalls der EDV erfolgt der Versand der Sitzungsunterlagen per Postzustellung oder Boten.
- (4) Zwischen dem Zugang der Ladung und dem Sitzungstag müssen mindestens fünf Kalendertage liegen. In eiligen Fällen kann die Leitung die Frist abkürzen, jedoch muss die Ladung spätestens am Tage vor der Sitzung zugehen. Die Leitung muss auf die Abkürzung im Ladungsschreiben ausdrücklich hinweisen.

§ 9 Geteilte Tagesordnung

- (1) Die Tagesordnung besteht aus Punkten, die ohne weitere Beratung beschlossen werden und solchen, für die eine Beratung vorgesehen ist. Die den einzelnen Blöcken zuzurechnenden Punkte sind in der Tagesordnung kenntlich zu machen.
- (2) Die Leitung nimmt in den Tagesordnungsabschnitt "Punkte ohne Beratung" solche Verhandlungsgegenstände auf, für welche Sie eine Beratung nicht erwartet.
- (3) Die Beratung und Entscheidung im Zusammenhang mit der Aufstellung, Änderung oder Aufhebung von Bauleitplänen sowie der Bericht gemäß § 28 Abs. 1 GemHVO über den Stand des Haushaltsvollzugs sind abweichend von der Bestimmung des Abs. 2 immer im Teil "Punkte mit Beratung" zu behandeln.
- (4) Ein Verhandlungsgegenstand ist in den Teil "Punkte mit Beratung" überführt, wenn ein Mitglied dies verlangt.
- (5) Die Leitung führt eine Offene-Punkte-Liste (Wiedervorlage) über alle Aufträge, Anregungen für Aktionen und Beschlüsse. Die terminlich überfälligen Punkte sind in jeder Sitzung unter dem Tagesordnungspunkt „Mitteilungen“ zu benennen. Eine Beratung dazu findet nicht statt.

§ 10 Vorsitz und Stellvertretung

- (1) Die Leitung eröffnet, leitet und schließt die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung. Ist sie verhindert, so sind die Stellvertreterinnen und Stellvertreter in der Reihenfolge ihrer Vertretung zu berufen, welche die Stadtverordnetenversammlung zu Beginn der jeweiligen Legislaturperiode beschlossen hat.
- (2) Die Leitung hat die Sitzung sachlich und unparteiisch zu führen. Sie handhabt die Ordnung in der Sitzung und übt das Hausrecht aus.

§ 11 Öffentlichkeit

- (1) Die Stadtverordnetenversammlung berät und beschließt in öffentlichen Sitzungen. Sie kann für einzelne Angelegenheiten die Öffentlichkeit ausschließen. Anträge auf Ausschluss der Öffentlichkeit werden in nichtöffentlicher Sitzung begründet, beraten und entschieden. Die Entscheidung kann in öffentlicher Sitzung getroffen werden, wenn keine besondere Begründung oder Beratung erforderlich ist.
- (2) Beschlüsse, welche in nichtöffentlicher Sitzung gefasst worden sind, sollen, soweit keine besonderen Hinderungsgründe vorliegen, nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden.

§ 12 Beschlussfähigkeit

- (1) Die Stadtverordnetenversammlung ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß geladen und mehr als die Hälfte der gesetzlichen Zahl der Mitglieder anwesend ist. Die Leitung stellt die Beschlussfähigkeit bei Beginn der Sitzung fest. Die Beschlussfähigkeit gilt solange als vorhanden, bis das Gegenteil auf Antrag festgestellt wird. Der/die Antragsteller/in zählt zu den anwesenden Mitgliedern.

- (2) Ist eine Angelegenheit wegen Beschlussunfähigkeit zurückgestellt worden und tritt die Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung über denselben Gegenstand zum zweiten Male zusammen, so ist sie ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig. In der Ladung zur zweiten Sitzung ist hierauf ausdrücklich hinzuweisen.
- (3) Besteht bei mehr als der Hälfte der Mitglieder ein gesetzlicher Grund, der ihrer Anwesenheit entgegensteht, so ist die Stadtverordnetenversammlung ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig. Ihre Beschlüsse bedürfen in diesem Falle der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.

§ 13 Mitteilungspflicht und Mitwirkungsverbot bei Interessenwiderstreit

- (1) Muss ein Mitglied annehmen, wegen Widerstreits der Interessen nicht mitberaten oder mitentscheiden zu dürfen, so hat es dies nach Aufruf des Tagesordnungspunktes der Leitung unaufgefordert mitzuteilen. Liegen die Voraussetzungen für ein Mitwirkungsverbot vor, so muss es den Sitzungsraum vor Beginn der Beratung verlassen.
- (2) Im Zweifels- oder Streitfalle entscheidet die Stadtverordnetenversammlung, ob ein Widerstreit der Interessen vorliegt. Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 14 Sitzungsordnung, Sitzungsdauer

- (1) Während der Sitzungen ist es untersagt, im Sitzungsraum zu rauchen oder alkoholische Getränke zu sich zu nehmen oder Tiere mitzubringen, mit Ausnahme von Assistenztieren.
- (2) Tonaufzeichnungen im Sitzungsraum sind nur als Hilfsmittel der Schriftführung für die Anfertigung des Verlaufsprotokolls erlaubt. Foto-, Film- und Fernsehaufnahmen bedürfen der Einwilligung der Leitung.
- (3) Eine Internetübertragung von Sitzungen (sog. Live- oder Internet-Streaming) im Rahmen des Internetauftritts der Stadt unter www.neu-anspach.de ist nur zulässig, wenn die Mitglieder des jeweiligen Gremiums dies beschließen. Ein Beschluss gilt immer nur für eine Sitzung.
- (4) Die Sitzungen beginnen in der Regel um 20.00 Uhr und enden spätestens gegen 23.00 Uhr. Die laufende Beratung oder Entscheidung eines Verhandlungsgegenstandes wird abgeschlossen. Die noch unerledigten Verhandlungsgegenstände nimmt die Leitung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

§ 15 Sitzordnung

Die Mitglieder sitzen nach ihrer Fraktionszugehörigkeit. Kommt eine Einigung nicht zustande, bestimmt die Leitung die Sitzordnung der Fraktionen. Diese bestimmen ihre interne Sitzordnung selbst. Fraktionslosen Mitgliedern weist die Leitung den Sitzplatz an, nachdem sie sie angehört hat.

§ 16 Teilnahme des Magistrates

- (1) Der Magistrat nimmt an den Sitzungen teil. Er muss jederzeit zu dem Gegenstand der Verhandlung gehört werden.
- (2) Der Magistrat ist verpflichtet, der Stadtverordnetenversammlung auf Anforderung Auskünfte zu den Beratungsgegenständen zu erteilen.
- (3) Der/die Bürgermeister/in spricht für den Magistrat. Der/die Bürgermeister/in kann eine von der Auffassung des Magistrates abweichende Meinung vertreten. Dabei hat er/sie zunächst die Auffassung des Magistrates darzulegen und danach kann er/sie seine/ihre eigene Auffassung vertreten. In diesem Fall kann der Magistrat eine/n Stadtrat/in als Sprecher/in ernennen bzw. der/die Bürgermeister/in dies zulassen.

§ 17 Ändern und Erweitern der Tagesordnung

- (1) Die Stadtverordnetenversammlung kann die Tagesordnung mit Stimmenmehrheit ändern. Sie kann insbesondere beschließen,
 1. die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte zu ändern,
 2. Tagesordnungspunkte abzusetzen oder
 3. Tagesordnungspunkte zu teilen oder miteinander zu verbinden.
- (2) Die Stadtverordnetenversammlung kann beschließen, die Tagesordnung um Angelegenheiten zu erweitern, die nicht auf der Einladung verzeichnet waren, wenn dem zwei Drittel der gesetzlichen Zahl ihrer Mitglieder zustimmen. Eine Erweiterung um Wahlen, um die Beschlussfassung über die Hauptsatzung und ihre Änderung sind ausgeschlossen.

§ 18 Anträge

- (1) Jedes Mitglied, jede Fraktion und der Magistrat können Anträge in die Stadtverordnetenversammlung einbringen.
- (2) Anträge sind nur in Angelegenheiten zulässig, für deren Entscheidung die Stadtverordnetenversammlung zuständig ist.
- (3) Anträge müssen eine klare und für die Verwaltung ausführbare Anweisung enthalten. Beschlussvorschlag und Begründung sind voneinander zu trennen.
- (4) Anträge sind schriftlich und von der Antragstellerin oder vom Antragsteller unterzeichnet im Büro der Leitung (Rathaus, Bahnhofstraße 26) in einfacher Ausfertigung einzureichen. Bei Anträgen von Fraktionen genügt - außer im Falle des § 56 Abs. 1 Satz 2 HGO - die Unterschrift ihres vorsitzenden Mitgliedes oder seiner Stellvertretung. Zwischen dem Zugang der Anträge bei der Leitung und dem Sitzungstag müssen mindestens 7 Tage liegen; bei der Berechnung der Frist zählt der Sitzungstag nicht mit.

Die Leitung leitet unverzüglich eine Ausfertigung dem Magistrat und mit der Ladung zur Sitzung jedem Mitglied zu.

- (5) Die Leitung nimmt rechtzeitig eingegangene Anträge auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.
- (6) Verspätete Anträge nimmt die Leitung auf die Tagesordnung der folgenden Sitzung.
- (7) Während der Sitzung sind Anträge zu jedem Gegenstand der Tagesordnung zulässig. Sie sind der Leitung schriftlich vorzulegen.

§ 19 Sperrfrist für abgelehnte Anträge

- (1) Hat die Stadtverordnetenversammlung einen Antrag abgelehnt, so kann derselbe Antrag frühestens nach einem Jahr erneut eingebracht werden.
- (2) Ein Antrag nach Abs. 1 ist vor Ablauf der Sperrfrist zulässig, wenn der/die Antragsteller/in begründet darlegt, dass die Ablehnungsgründe entfallen sind. Die Leitung entscheidet über die Zulassung des Antrages. Wird der Antrag abgelehnt, kann die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung angeufen werden.

§ 20 Änderungsanträge, Antragskonkurrenz

- (1) Änderungsanträge gestalten den Wortlaut des Hauptantrages um, ohne seinen wesentlichen Inhalt aufzuheben.
- (2) Änderungsanträge sind bis zur Abstimmung über den Hauptantrag zulässig. Bereits vorliegende Änderungsanträge gibt die Leitung nach Aufruf des Tagesordnungspunktes bekannt.

- (3) Änderungsanträge werden beraten und einzeln abgestimmt, bevor über den Hauptantrag entschieden wird. Liegen mehrere Haupt- oder Änderungsanträge vor, so wird zunächst über den weitest gehenden Antrag, danach in absteigender „Rangfolge“ mit dem Ziel der größtmöglichen Übereinstimmung, abgestimmt.

§ 21 Rücknahme von Anträgen

Anträge können bis zur Abstimmung zurückgenommen werden. Bei gemeinschaftlichen Anträgen mehrerer Mitglieder müssen alle die Rücknahme erklären.

§ 22 Anträge zur Geschäftsordnung

- (1) Anträge zur Geschäftsordnung zielen auf einen Beschluss über das Verfahren der Stadtverordnetenversammlung.
- (2) Jedes Mitglied kann sich jederzeit mit einem Antrag zur Geschäftsordnung melden. Dies geschieht durch gleichzeitiges aufheben beider Hände. Eine Rede wird deswegen nicht unterbrochen. Das Mitglied kann unmittelbar nach deren Schluss seinen Antrag zur Geschäftsordnung vortragen und begründen. Danach erteilt die Leitung nur einmal das Wort zur Gegenrede und lässt dann über den Antrag abstimmen. Dieser gilt als angenommen, wenn niemand widersprochen hat.
- (3) Für Anträge zur Geschäftsordnung einschließlich Begründung sowie die Gegenrede beträgt die Redezeit jeweils höchstens drei Minuten.

§ 23 Beratung

- (1) Die Leitung ruft die Verhandlungsgegenstände in der Reihenfolge der Tagesordnung auf.
- (2) Zur Begründung des Antrages erhält erst die Antragstellerin oder der Antragsteller das Wort. Dann berichtet der Ausschuss und danach schließt sich die Debatte an.
- (3) Die Leitung erteilt das Wort in der Reihenfolge der Meldungen. Diese erfolgen durch Handaufheben. Bei gleichzeitigen Meldungen bestimmt die Leitung die Redefolge. Jedes Mitglied kann seinen Platz in der Rednerliste einem anderen abtreten. Die Leitung kann zulassen, dass auf einen Redebeitrag direkt, d.h. außerhalb der Redeliste, erwidert wird.
- (4) Die Leitung kann jederzeit das Wort ergreifen. Beteiligt sie sich an der Beratung, so überträgt sie die Sitzungsleitung einem/r Stellvertreter/in.
- (5) Jedes Mitglied soll zu einem Antrag nur einmal sprechen. Hiervon sind ausgenommen:
1. Das Schlusswort der Antragstellerin oder des Antragstellers unmittelbar vor der Abstimmung,
 2. Anfragen zur Klärung von Zweifeln,
 3. persönliche Erwidern/Erklärungen.
- (6) Die Leitung kann zulassen, dass ein Mitglied mehrmals zur Sache spricht. Widerspricht ein Mitglied, hat die Stadtverordnetenversammlung zu entscheiden.
- (7) Verweist die Stadtverordnetenversammlung einen Antrag an einen Ausschuss oder an den Magistrat, so ist damit die Beratung des Gegenstandes geschlossen. Noch vorliegende Wortmeldungen bleiben unberücksichtigt.

§ 24 Rede und Redezeit

- (1) Die Redner/innen sprechen grundsätzlich, außer bei Etatreden, in freiem Vortrag. Die Verwendung von Manuskripten ist zulässig. Dies ist bei der Leitung anzumelden und dem Schriftführer eine Abschrift zu übergeben.
- (2) Die Redezeit für den einzelnen Beitrag eines Mitgliedes beträgt höchstens 3 Minuten, wenn nicht diese Geschäftsordnung Abweichendes bestimmt.

- (3) Die Stadtverordnetenversammlung kann, nach Erörterung im Ältestenrat oder nach Anmeldung in der vorangehenden Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, die Redezeit abweichend festlegen, insbesondere für die Beratung des Haushaltes oder anderer wichtiger Verhandlungsgegenstände.
- (4) Spricht ein Mitglied über die Redezeit hinaus, so kann diesem der/die Vorsitzende nach einmaliger Mahnung das Wort entziehen. Ist einem Mitglied das Wort entzogen, so erhält es in der Aussprache zum selben Gegenstand nicht mehr das Wort.

§ 25 Schluss der Rednerliste, Schluss der Debatte

- (1) Anträge auf Schluss der Rednerliste oder auf Schluss der Debatte sind jederzeit während der Beratung zulässig. Hat ein Mitglied zum Beratungsgegenstand gesprochen, so kann es keinen Antrag nach Satz 1 stellen, es sei denn, es hatte für einen Ausschuss berichtet.
- (2) Bei einem Antrag auf Schluss der Rednerliste gibt die Leitung die noch vorliegenden Wortmeldungen bekannt. Im Übrigen gilt § 22 Abs. 2 und 3.

§ 26 Abstimmung

- (1) Beschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Eine qualifizierte Mehrheit ist nur in den gesetzlich bestimmten Fällen erforderlich. Bei Stimmengleichheit ist ein Antrag abgelehnt. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen zur Berechnung der Mehrheit nicht mit.
- (2) Die Mitglieder stimmen in der Regel durch Handaufheben offen ab. Geheime Abstimmung ist unzulässig; § 39a Abs. 3 Satz 3 HGO und § 55 Abs. 3 HGO bleiben unberührt.
- (3) Nach Schluss der Beratung stellt die Leitung die endgültige Fassung des Antrages fest und lässt darüber abstimmen. Dabei fragt sie stets, wer dem Antrag zustimmt. Nur bei der Gegenprobe darf sie fragen, wer den Antrag ablehnt.
- (4) Auf Verlangen einer Fraktion oder eines Viertels der gesetzlichen Zahl der Mitglieder wird namentlich abgestimmt. Die Schriftführung vermerkt die Stimmabgabe jedes Mitgliedes im Verlaufsprotokoll.
- (5) Die Leitung stellt das Abstimmungsergebnis unverzüglich fest und gibt es bekannt. Werden sofort danach begründete Zweifel an der Feststellung vorgebracht, so lässt sie die Abstimmung unverzüglich wiederholen.

§ 27 Wahlen

- (1) Für Wahlen durch die Stadtverordnetenversammlung gelten die Bestimmungen des § 55 HGO sowie die sinngemäß anzuwendenden Vorschriften des Kommunalwahlgesetzes (KWG). § 62 Abs. 2 HGO bleibt unberührt.
- (2) Die Wahlleitung obliegt der Leitung. Sie kann sich zur Unterstützung von den Fraktionen Mitglieder als Wahlhilfe benennen lassen. Die Wahlleitung bereitet die Wahlhandlung vor, führt sie durch, überwacht ihre Ordnungsmäßigkeit, stellt das Wahlergebnis fest und gibt es bekannt.

§ 28 Anfragen

- (1) Anfragen an die Leitung, den Magistrat sowie an Personen, die einen Antrag gestellt oder für einen Ausschuss berichtet haben, sind im Zusammenhang mit dem Verhandlungsgegenstand jederzeit formlos möglich. Sie werden ohne Erörterung beantwortet.
- (2) Andere Anfragen sind schriftlich bei der Leitung in der Frist des § 18 Abs. 4 einzureichen. Verspätete Anfragen brauchen erst in der folgenden Sitzung beantwortet werden.
- (3) Anfragen nach Abs. 2 werden ohne Erörterung beantwortet. Jeder Fraktion sind zwei Zusatzfragen gestattet.

- (4) Unbeschadet des Abs. 1 sind die Mitglieder berechtigt, zu den Tagesordnungspunkten in den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung Fragen zu stellen.
- (5) Fragen, die nicht dem Zwecke der Überwachung i. S. v. § 50 Abs. 2 HGO dienen, sondern lediglich der Information des/r Fragestellers/in, sind lediglich im Rahmen des Abs. 4 gestattet.

§ 29 Persönliche Erwiderungen und persönliche Erklärungen

- (1) Persönliche Erwiderungen sind erst zugelassen, wenn die Beratung des Verhandlungsgegenstandes abgeschlossen ist. Beiträge zur Sachdebatte sind nicht zulässig. Wer persönlich erwidert, darf nur Angriffe gegen seine Person oder Fraktion zurückweisen, unrichtigen Behauptungen widersprechen, eigene Ausführungen berichtigen und Missverständnisse ausräumen.
- (2) Persönliche Erklärungen sind vor Eintritt in die Tagesordnung oder vor Schluss der Sitzung zugelassen. Sie sind der Leitung rechtzeitig vorher schriftlich mitzuteilen und dürfen die abgeschlossene Beratung von Verhandlungsgegenständen nicht erneut aufgreifen.
- (3) Die Redezeit für persönliche Erwiderungen und persönliche Erklärungen beträgt höchstens drei Minuten. Eine Beratung findet nicht statt.

§ 30 Ordnungsgewalt und Hausrecht

- (1) Die Leitung handhabt die Ordnung in den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und übt das Hausrecht aus. Der Ordnungsgewalt und dem Hausrecht unterliegen alle Personen, die sich in den Beratungsräumen, den zugehörigen Vorräumen, Gängen und Treppenhäusern aufhalten.
- (2) Die Leitung kann die Sitzung unterbrechen oder schließen, wenn der ordnungsgemäße Verlauf gestört wird. Kann sie sich kein Gehör verschaffen, so verlässt sie ihren Sitz. Damit ist die Sitzung unterbrochen.
- (3) Wer sich ungebührlich benimmt oder die Ordnung der Versammlung stört, kann von der Leitung ermahnt und notfalls aus dem Sitzungssaal gewiesen werden.
- (4) Bei störender Unruhe unter den Zuhörern kann die Leitung nach Abmahnung die Zuhörerplätze des Sitzungssaales räumen lassen, wenn sich die Störung anders nicht beseitigen lässt.

§ 31 Sachruf und Wortentzug

- (1) Die Leitung soll Mitglieder zur Sache rufen, die bei ihrer Rede vom Verhandlungsgegenstand abschweifen. Sie kann nach wiederholtem Sachruf das Wort entziehen, wenn das Mitglied erneut Anlass zu einer Ordnungsmaßnahme gibt.
- (2) Die Leitung soll Mitgliedern das Wort entziehen, wenn sie es eigenmächtig ergriffen hatten oder die Redezeit überschreiten.
- (3) Ist einem Mitglied das Wort entzogen, so wird es ihm zu demselben Tagesordnungspunkt nicht wieder erteilt. Die Maßnahme und ihr Anlass werden nicht erörtert.

§ 32 Ordnungsruf, Sitzungsausschluss

- (1) Die Leitung kann ein Mitglied bei ungebührlichem oder ordnungswidrigem Verhalten mit Nennung des Namens zur Ordnung rufen.
- (2) Die Leitung kann ein Mitglied bei ungebührlichem oder wiederholtem ordnungswidrigem Verhalten für einen oder mehrere, höchstens für drei Sitzungstage ausschließen.
- (3) Maßnahmen nach Abs. 1 und 2 sowie ihr Anlass werden in der laufenden Sitzung nicht erörtert. Das betroffene Mitglied kann ohne aufschiebende Wirkung die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung anrufen. Diese ist in der nächsten Sitzung zu treffen.

§ 33 Niederschrift

- (1) Es wird ein Verlaufsprotokoll (qualifizierte Niederschrift) gefertigt. Es soll den Sitzungsverlauf wiedergeben und darlegen, wie es zu den Abstimmungsergebnissen gekommen ist. Weiter soll es die Angabe der Anwesenden, die verhandelten Gegenstände, die gefassten Beschlüsse und die vollzogenen Wahlen beinhalten. Die Abstimmungsergebnisse sowie Verlauf und Ergebnisse von Wahlen sind zu dokumentieren. Jedes Mitglied der Stadtverordnetenversammlung kann vor Beginn der Stimmabgabe verlangen, dass seine Abstimmung im Verlaufsprotokoll festgehalten wird. Wünscht ein Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, dass sein Redebeitrag im Verlaufsprotokoll festgehalten wird, so hat er dies zu Beginn seines Redebeitrags mitzuteilen.
- (2) Die Niederschrift ist von der Leitung sowie dem/r Schriftführer/in zu unterzeichnen. Zum/r Schriftführer/in können nur Personen aus dem in § 61 Abs. 2 Satz 2 HGO bezeichneten Personenkreis gewählt werden. Der/die Schriftführer/in ist für den Inhalt des Verlaufsprotokolls alleine verantwortlich.
- (3) Das Verlaufsprotokoll ist zeitnah, spätestens bis zum Versand der Einladung der folgenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, fertig zu stellen. Es wird den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats über das Ratsinfosystem und iRICH zur Verfügung gestellt.
- (4) Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats können nach der digitalen Zustellung Einwendungen gegen die Richtigkeit des Verlaufsprotokolls schriftlich erheben. Das Einreichen durch Fax, Computerfax oder E-Mail ist ausreichend. Beim Tagesordnungspunkt „Genehmigung des Verlaufsprotokolls“ in der nächsten Stadtverordnetenversammlung können Einwendungen noch mündlich vorgetragen werden. Die Einwendung ist zu begründen.
- (5) Zur Information der Bevölkerung wird der Inhalt des Verlaufsprotokolls im Ratsinfosystem und iRICH veröffentlicht, soweit er nicht der Verschwiegenheitspflicht unterliegt.
- (6) Die Sitzung wird mit Tonträger aufgezeichnet. Dieser ist von der Leitung aufzubewahren und kann auf Antrag von jedem Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrates in den Räumen der Verwaltung abgehört werden, solange sie vorliegen. Es besteht eine Aufbewahrungsfrist der Tonaufnahmen bis zum Ende der jeweiligen Legislaturperiode. Danach wird die Aufzeichnung gelöscht.

III. Geschäftsführung der Ausschüsse

§ 34 Aufgaben der Ausschüsse, Federführung

- (1) Sind Anträge an die Ausschüsse verwiesen, so bereiten diese für ihr Aufgabengebiet die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vor. Sie entwerfen hierzu einen entscheidungsreifen Beschlussvorschlag. Ihre vorsitzenden Mitglieder oder dazu besonders bestimmte Mitglieder berichten der Stadtverordnetenversammlung mündlich über den Inhalt und das Ergebnis der Ausschussberatungen und die tragenden Gründe für den Beschlussvorschlag.
- (2) Die Stadtverordnetenversammlung bestimmt einen Ausschuss als federführend, wenn sie Anträge an mehrere Ausschüsse verweist. Die beteiligten Ausschüsse übermitteln ihre schriftliche Stellungnahme in angemessener Frist an den federführenden Ausschuss, der diese in seinem Bericht mit vorträgt.
- (3) Hat die Stadtverordnetenversammlung einem Ausschuss bestimmte Angelegenheiten oder bestimmte Arten von Angelegenheiten zur endgültigen Entscheidung übertragen, so kann sie dies jederzeit widerrufen und die Entscheidung an sich ziehen.

§ 35 Bestellung, Konstituierung, Stellvertretung, Abberufung, Auflösung, Neukonstituierung

- (1) Beschließt die Stadtverordnetenversammlung, dass sich alle oder einzelne Ausschüsse nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen zusammensetzen, so erfolgt die Sitzverteilung entsprechend § 22 Abs. 3 und 4 KWG. Die Fraktionen benennen der Leitung innerhalb einer Woche schriftlich die Ausschussmitglieder.

- (2) Die Leitung lädt zur ersten Sitzung der Ausschüsse und führt den Vorsitz bis zur Wahl der/des Ausschussvorsitzenden.
- (3) Die Mitglieder der Ausschüsse können sich im Einzelfall durch andere Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung vertreten lassen. Sie haben bei Verhinderung unverzüglich für eine Vertretung zu sorgen und ihr Ladung und Sitzungsunterlagen auszuhändigen. § 1 gilt sinngemäß.
- (4) Die von einer Fraktion benannten Ausschussmitglieder können von dieser abberufen werden; die Abberufung ist gegenüber der Leitung und der/dem Ausschussvorsitzenden schriftlich oder elektronisch zu erklären. Die Neubenennung erfolgt nach Abs. 1.
- (5) Die Stadtverordnetenversammlung kann Ausschüsse jederzeit auflösen und neu bilden.

§ 36 Einladung, Öffentlichkeit, sinngemäß anzuwendende Vorschriften, Stimmrecht

- (1) Das vorsitzende Mitglied des Ausschusses setzt Tagesordnung, Zeit und Ort der Sitzungen im Benehmen mit der Leitung der Stadtverordnetenversammlung und dem Magistrat fest.
- (2) Die Sitzungen der Ausschüsse sind in der Regel öffentlich. Die §§ 11 und 14 gelten entsprechend.
- (3) Auf die Ausschüsse finden die Vorschriften über die Stadtverordnetenversammlung sinngemäß Anwendung, soweit sich nicht ausdrücklich aus dem Gesetz oder aus dieser Geschäftsordnung Abweichendes ergibt. Die Entscheidung nach § 13 Abs. 2 trifft der Ausschuss. Bezüglich § 15 wird ergänzend festgelegt, dass an den Sitzungstischen nur diejenigen Platz nehmen dürfen, die Rederecht haben bzw. als Schriftführer oder Sachbearbeiter eingesetzt sind. Über Ausnahmen entscheidet die Leitung des Ausschusses.
- (4) Ein Stimmrecht haben alleine die Mitglieder des Ausschusses. Die Leitung der Stadtverordnetenversammlung und deren Stellvertreter/in sind berechtigt, an den Ausschusssitzungen mit beratender Stimme teilzunehmen. Fraktionen, auf die bei der Besetzung eines Ausschusses kein Sitz entfallen ist, sind berechtigt, in diesen ein Mitglied mit beratender Stimme zu entsenden.
- (5) Wer einen Antrag gestellt hat, kann diesen in den Ausschüssen begründen, auch wenn er ihnen nicht als Mitglied angehört.
- (6) Der Magistrat nimmt an den Ausschusssitzungen teil. § 16 gilt entsprechend. Sonstige Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung können – auch an nicht-öffentlichen Sitzungen – nur als Zuhörer/innen teilnehmen.

IV. Mitwirkung des Ausländerbeirates

§ 37 Anhörungspflicht

- (1) Die Stadtverordnetenversammlung hört den Ausländerbeirat in allen wichtigen Angelegenheiten, die ausländische Einwohner betreffen.
- (2) Die Anhörung erfolgt in der Regel schriftlich unter Beachtung der in der Hauptsatzung enthaltenen näheren Bestimmungen und Fristen.

§ 38 Anhörung in Stadtverordnetenversammlung und Ausschüssen

- (1) Die Stadtverordnetenversammlung kann beschließen, den Ausländerbeirat in einer Sitzung zu einem Tagesordnungspunkt mündlich zu hören, welcher die Interessen der ausländischen Einwohner betrifft.
- (2) Die Ausschüsse müssen in ihren Sitzungen den Ausländerbeirat zu den Tagesordnungspunkten mündlich hören, die Interessen der ausländischen Einwohner betreffen.
- (3) Die mündliche Anhörung des Ausländerbeirates erfolgt nach den näheren Bestimmungen der Hauptsatzung.

§ 39 Pflicht zur Prüfung der Vorschläge

- (1) Die Stadtverordnetenversammlung entscheidet in angemessener Frist über Vorschläge des Ausländerbeirates, wenn die Entscheidung in ihre Zuständigkeit fällt.
- (2) Die Leitung teilt die Entscheidung dem Ausländerbeirat schriftlich mit.

V. Mitwirkung des Seniorenbeirates

§ 40 Anhörungspflicht

- (1) Die Stadtverordnetenversammlung hört den Seniorenbeirat in allen wichtigen Angelegenheiten, die den Seniorenbereich betreffen.
- (2) Die Anhörung erfolgt in der Regel schriftlich.

§ 41 Anhörung in Stadtverordnetenversammlung und Ausschüssen

- (1) Die Stadtverordnetenversammlung kann beschließen, den Seniorenbeirat in einer Sitzung zu einem Tagesordnungspunkt mündlich zu hören, welcher die Interessen der Senioren betrifft.
- (2) Die Ausschüsse müssen in ihren Sitzungen den Seniorenbeirat zu den Tagesordnungspunkten mündlich hören, die Interessen der Senioren betreffen.

§ 42 Pflicht zur Prüfung der Vorschläge

- (1) Die Stadtverordnetenversammlung entscheidet in angemessener Frist über Vorschläge des Seniorenbeirates, wenn die Entscheidung in ihre Zuständigkeit fällt.
- (2) Die Leitung teilt die Entscheidung dem Seniorenbeirat schriftlich mit.

VI. Schlussbestimmungen

§ 43 Auslegung, Abweichen von der Geschäftsordnung

- (1) Die Leitung entscheidet im Einzelfall, wie diese Geschäftsordnung auszulegen ist. Über die grundsätzliche Auslegung beschließt die Stadtverordnetenversammlung, nachdem sie den Ältestenrat angehört hat.
- (2) Die Stadtverordnetenversammlung kann beschließen, im Einzelfall von den Bestimmungen dieser Geschäftsordnung abzuweichen, wenn gesetzliche Vorschriften nicht entgegenstehen.

§ 44 Zuwiderhandlungen gegen die Geschäftsordnung

Die Leitung kann für Zuwiderhandlungen gegen Bestimmungen der Geschäftsordnung Geldbußen bis zum Betrage von 50,- Euro verhängen. Bei mehrmals wiederholten Zuwiderhandlungen kann die Stadtverordnetenversammlung anstelle von Geldbußen auch den Ausschluss auf Zeit, längstens für drei Monate, beschließen. Die Leitung hat das zuwiderhandelnde Mitglied schriftlich zur Zahlung der Geldbuße aufzufordern und darauf zu achten, dass der Sitzungsausschluss eingehalten wird. Der/die Betroffene kann gegen die Entscheidung den Ältestenrat anrufen.

§ 45 Arbeitsunterlagen

Jedem Mitglied der Stadtverordnetenversammlung ist ein Text der Hessischen Gemeindeordnung, der Hauptsatzung der Stadt und dieser Geschäftsordnung in der jeweils gültigen Fassung auszuhändigen. Werden diese während der Wahlzeit geändert, so erhält es unverzüglich die neue Fassung.

§ 46 Bekanntgabe, In-Kraft-Treten

- (1) Die Leitung fertigt diese Geschäftsordnung unverzüglich aus, nachdem die Stadtverordnetenversammlung sie beschlossen hat. Sie leitet den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrates je einen vollständigen Abdruck der ausgefertigten Fassung zu.
- (2) Diese Geschäftsordnung tritt eine Woche nach der Beschlussfassung in Kraft. Zugleich tritt die Geschäftsordnung vom 10.12.2007 außer Kraft.

Thomas Pauli
Bürgermeister